

N i e d e r s c h r i f t

über die 9. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Soziales
am 22.05.2006 im Kleiner Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV) bzw. Sachkundige Bürgerinnen / Bürger (SB) teil:

Doose, Friederike,	Ausschussvorsitzende
Bleser, Harald,	1. stellv. Ausschussvorsitzender Abwesend
Cormann, Joachim,	Ratsmitglied
Dohmen, Martina,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Fink, Ulrike,	Ratsmitglied
Hintzen, Ulrich,	Ratsmitglied
Plum, Wilhelm,	Ratsmitglied
Sauer, Karl,	Ratsmitglied
Stauch, Ingrid,	Ratsmitglied Abwesend
Becker, Ulrike,	Sachkundige Bürgerin
Bochem, Hans-Peter,	Sachkundiger Bürger
Cremer, Franz,	Sachkundiger Bürger
Hill, Irene,	Sachkundige Bürgerin
Wagner, Almut,	StV mit beratender Stimme
Mauermann, Dietmar Georg,	sachkundiger Einwohner (bis 18.50 Uhr)
Kieven, Ansgar,	Vertretendes Ratsmitglied
Hilgers, Markus,	stellvertretender Sachkundiger Bürger

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Dezernent III
Vogel, Günter	stellv. Dezernent III
Dinststühler, Dr. Horst	Stadtarchiv (zu TOP 5)
Spoehr, Heribert	Schriftführer

Als Gäste sind anwesend:

Frau Wirth-Weigelt	Arbeitskreis Integration
--------------------	--------------------------

Die Vorsitzende eröffnet gegen 18:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales beschlussfähig ist.

Frau Doose informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass Herr Mühlstroh von der DGA - Dürener Gesellschaft für Arbeitsförderung mbH, aufgrund einer Erkrankung abgesagt hat. Der Vortrag soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Tagesordnung geändert wird und TOP 3 entfällt. Ebenso besteht Einvernehmen darüber, den Tagesordnungspunkt 6, beginnend mit TOP 6.3 vorzuziehen.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung evtl. Erweiterungen und Absetzungen wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 1.1. Sachstand Sanierung der städtischen Wohnhäuser im Bereich Schweizer Straße/Eschenweg
 - 2. Anfragen
 - 2.1. Anfrage der StV. Friederike Doose vom 27.03.06; Hausbesitz im Bereich Schweizer Straße / Eschenweg;
 - 2.2. Anfrage Nr. 5/2006 der Stadtverordneten F. Doose vom 09.05.2006
 - 3. entfällt
 - 4. Die islamische Gemeinde in Jülich
 - 5. Jahresbericht 2005 Stadtarchiv
 - 6. Barrierefreies Jülich
 - 6.1. Barrierefreies Jülich
Antrag Nr. 12/2006 der SPD-Fraktion
 - 6.2. Barrierefreies Jülich
Antrag Nr. 32/2006 der SPD-Fraktion
 - 6.3. Barrierefreies Jülich - Vorstellung einer neu erstellten Broschüre
- B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

- 6. Barrierefreies Jülich

- 6.3. Barrierefreies Jülich - Vorstellung einer neu erstellten Broschüre
(Vorlagen-Nr.: 215/2006)

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Vorstellung der Broschüre zur Kenntnis. Bezüglich der Frage, ob der Ausschuss künftig früher Informationen aus dem Arbeitskreis erhalten soll, besteht Einvernehmen darüber, dass dieses Thema in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses diskutiert werden soll.

Die vom Arbeitskreis Integration erstellte Broschüre wird von Herrn Mauermann vorgestellt. Die Vorsitzende dankt dem Arbeitskreis für die geleistete Arbeit, merkt aber auch kritisch an, dass ihrer Meinung nach der Ausschuss für Kultur- Integration und Soziales vor Abschluss und Veröffentlichung der Broschüre hätte beteiligt werden müssen.

Es folgt eine umfangreiche Diskussion darüber, in welcher Form und mit welchem Ziel städt. Arbeitskreise bzw. Beiräte den zuständigen Ratsausschüssen zuarbeiten und damit zur politischen Willensbildung beitragen sollten.

6.1. Barrierefreies Jülich
Antrag Nr. 12/2006 der SPD-Fraktion
(Vorlagen-Nr.: 153/2006)

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, dass die Verwaltung mit dem Arbeitskreis Integration bezüglich der Überlegung, eventuell einen neuen Stadtplans für Behinderte zu erstellen, ein Gespräch führen soll.

Zu Punkt 1 des SPD-Antrages gibt Herr Mauermann Informationen über gesetzliche Bestimmungen zur Gleichstellung von Behinderten und Nichtbehinderten.

Zu Punkt 2 des Antrages nimmt Herr Schulz Stellung. Die ständige Überprüfung der Verkehrswege, Behördenzugänge u.a. erfolgt fortwährend durch die Verwaltung. Es ist nicht erforderlich, dass man zusätzlich noch einen besonderen Rundgang durch Jülich veranstaltet.

Zu Punkt 3 erläutert die Vorsitzende, dass die Erstellung eines Stadtplanes für Menschen mit Behinderungen hilfreich sein würde und dazu beitragen kann, dass die betreffenden Menschen besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

6.2. Barrierefreies Jülich
Antrag Nr. 32/2006 der SPD-Fraktion
(Vorlagen-Nr.: 210/2006)

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, das Thema an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt- u. Landschaftsschutz, Planungs- u. Bauangelegenheiten zu verweisen.

Bei dem angeführte Beispiel gilt es bauliche Voraussetzungen bezüglich Bordsteinabsenkungen u.a. zu prüfen. Eine Weiterleitung an den Fachausschuss wird empfohlen.

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

1.1. Sachstand Sanierung der städtischen Wohnhäuser im Bereich Schweizer Straße/Eschenweg
(Vorlagen-Nr.: 233/2006)

Mitteilung:

Das Architekturbüro Wolff präsentierte am 03.04.2006 sein Sanierungskonzept Schweizer Siedlung. Danach ist eine Sanierung der Schweizer Siedlung wirtschaftlich nur sinnvoll, wenn durch gleichzeitige Aufstockung der Gebäude deren Wirtschaftlichkeit erhöht werden würde. Da durch eine solche Maßnahme überschüssiger Wohnraum geschaffen werden würde, gibt es Überlegungen, ein bis zwei Gebäude abzureißen und die verbleibenden Gebäude aufzustocken. Hierdurch würde die Wohnfläche der Schweizer Siedlung gleich bleiben. Auf der Basis der in dem Sanierungskonzept ermittelten Kosten erstellt der Gemeinnützige Bauverein eG Jülich im Auftrag der SEG Jülich eine „Betriebswirtschaftliche Stellungnahme Schweizer Siedlung“.

Analysiert werden folgende Punkte:

- Mögliche Förderprogramme für die Sanierung
- Überprüfung des Kapitalmarkts auf günstige Finanzierungsmöglichkeiten
- Betriebswirtschaftliche Analyse der Sanierungsmaßnahme
- Auswirkungen auf die Mieten

- Soziale Verträglichkeit der Maßnahme für die Mieter

Die Stellungnahme wird Anfang Juni vorliegen. Auf dieser Grundlage wird dann über das weitere Vorgehen entschieden.

2. Anfragen

2.1. Hausbesitz im Bereich Schweizer Straße / Eschenweg; Anfrage der StV. Friederike Doose vom 27.03.06 (Vorlagen-Nr.: 216/2006)

1. Gab es bereits Verhandlungen mit der SEG in Bezug auf die Übernahme der städtischen Häuser Schweizer Straße und Eschenweg? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Die Gespräche mit der SEG auf Übernahme der städtischen Häuser Schweizer Straße und Eschenweg befinden sich im Anfangsstadium. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

2. Haben bereits erste Gespräche zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts in Bezug auf Sanierungs- und Reparaturbedarf zwischen Stadt, SEG, Bauverein und Bewohnern stattgefunden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Das Sanierungskonzept des Architekten Wolff liegt inzwischen vor. Ein erstes Gespräch zwischen Stadt, SEG und Bauverein hat am 14.04.06 stattgefunden. Ergebnis war, dass das Gesamtkonzept noch konkretisiert werden muss hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Fördermittel, Prognose der künftigen Miethöhe. Mit diesen Arbeiten ist der Bauverein beauftragt. So dann ist ein Gespräch mit den Bewohnern vorgesehen.

3. Haben bereits Gespräche wegen der verkehrlichen Anbindung des Baugebiets Lindenallee über die Schweizer Straße und den damit einhergehenden Veränderungen und Belastungen für die Bewohner der Schweizer Siedlung stattgefunden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Bebauungsplan Nr. 55 „Lindenallee“ wurde im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss mehrfach die Frage der äußeren Erschließung des Baugebietes „Lindenallee“ beraten, u.a. am 25.10.1999, 27.08.2001, 11.04.2002, 15.05.2002, 13.06.2002 und 17.09.2002.

Während der Bürgerbeteiligungen haben sich auch zahlreiche Bewohner der Schweizer Siedlung geäußert.

In der Sitzung am 17.09.2002 wurde auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden die jetzige Erschließungsalternative beschlossen.

4. Was ist unter nicht störendem Gewerbe im einzelnen zu verstehen? Wie wird auf Dauer sichergestellt, dass Betriebe mit störenden Emissionen in der unmittelbaren Umgebung der Wohnbebauung Schweizer Siedlung/Lindenallee nicht genehmigt werden.

a) Eine systematische Auslegung der fraglichen Festsetzungen kann sich an den Normen der BauNVO orientieren:

So legt der § 2 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3, § 3 Abs. 3 Nr. 1, § 4 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3 Nr. 2, § 5 Abs. 1, § 6 Abs. 1, § 7 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO fest, welche „nicht (wesentlich) störenden“ Nutzungen in den jeweiligen Baugebieten generell oder ausnahmsweise zulässig sind. Hier-

bei gilt kein einheitlicher Störungsbegriff, der sämtlichen genannten Vorschriften zu Grunde liegt. Vielmehr ist die Abgrenzung zwischen „nicht (wesentlich) störenden“ und „störenden“ Nutzungen unter Berücksichtigung des Charakters und der Schutzbedürftigkeit des jeweils betroffenen Baugebiets zu treffen. Ein allgemeines Wohngebiet etwa ist nach Art und Ausmaß geringer geschützt als ein reines Wohngebiet, kann andererseits jedoch einen höheren Schutzzumfang beanspruchen als ein Dorf- und Mischgebiet. Ferner als Orientierungshilfe heranzuziehen: Richtlinie des Vereins Deutscher Ingenieure zur Beurteilung von Arbeitslärm in der Nachbarschaft (VDI-Richtlinie 2058).

Nicht störende Gewerbebetriebe bzw. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe sind zum Beispiel Metzger, Bäcker oder evtl. auch Softwarefirmen oder CallCenter.

Folgende Tätigkeiten dürfen von Handwerksbetrieben in den jeweiligen Gebieten in unterschiedlicher Ausprägung (u.a. abhängig von den Immissionsrichtwerten, jeweils Tag- und Nachtwerte) ausgeführt werden.

*WR (Reines Wohngebiet) 50 dBA/35 dBA. Nicht störende Handwerksbetriebe zur Deckung des täglichen Bedarfs der Bewohner, ausnahmsweise sonstige nicht störende Gewerbebetriebe (z.B. Bäcker, Metzger).

*WA (Allgemeines Wohngebiet) 55 dBA/40 dBA. Der Versorgung des Gebiets dienende, nicht störende Handwerksbetriebe, ausnahmsweise sonstige nicht störende Gewerbebetriebe (z.B. s.o. und Schneider, Uhrmacher).

*WB (Besonderes Wohngebiet) 55 dBA/40 dBA. Sonstige Gewerbebetriebe.

*MD (Dorfgebiet) 60 dBA/45 dBA. Nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe, Handwerksbetriebe, die der Versorgung des Gebiets dienen (z.B. Metallbauer, Landmaschinenmechaniker und s. WA)

*MI (Mischgebiet) 60 dBA/45 dBA. Nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe, sonstige Gewerbebetriebe (z.B. einzelhandelsorientierte Betriebe, kleinere Kfz-Werkstätten).

*MK (Kerngebiet) 60 dBA/45 dBA. Sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe (s. MI).

*GE (Gewerbegebiet) 65 dBA/45 dBA. Nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe, Gewerbebetriebe aller Art, ausnahmsweise in untergeordnetem Ausmaß Wohnungen für Betriebsinhaber und Betriebsleiter (z.B. Schreiner, Metallbauer, große Kfz-Betriebe).

*GI (Industriegebiet) 70 dBA. Vorwiegend Gewerbebetriebe, die in anderen Gebieten nicht zulässig sind, Gewerbebetriebe aller Art, ausnahmsweise in untergeordnetem Ausmaß Wohnungen für Betriebsinhaber und Betriebsleiter (Betriebe mit großen Emissionen und mit Nachtarbeit sowie nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtige Betriebe).

b) Durch die Festsetzungen der Bebauungspläne Nr. 69 „Gewerbegebiet Südost“ und Nr. 79 „Königskamp II“.

5. Wann werden die dringendsten, z. T. Ende letzten Jahres begonnenen Reparaturarbeiten weitergeführt bzw. fertiggestellt?

Die Mängelliste von November 2005 wurde bis auf wenige Restarbeiten abgearbeitet. Bisher wurden hierfür ca. 21.000,00 € verausgabt. Die Restarbeiten sowie die Mängel von März

2006 für den Wohnblock 4 (Schweizer Straße 52-58) sind bzw. werden kurzfristig in Auftrag gegeben. Es ist mit weiteren Kosten in Höhe von 10.000,00 € zu rechnen.

6. Was ist geplant, um die tiefen, von den Bewohnern selbst immer wieder notdürftig geflickten Schlaglöcher, insbesondere vor dem Wohnblock 60 – 62 zu beseitigen?

Auf Grund eines Ortstermins der Verwaltung mit den Anwohnern Schweizer Str. 60 – 62 wurden die Straßenschäden von den Bewohnern in Eigenleistung beseitigt. Das Material hat die Stadt Jülich zur Verfügung gestellt.

Bezüglich des „Straßenkulturfestes Schweizer Siedlung“ fragen die Stadtverordneten Sauer und Hintzen – mit Bezug auf ein Schreiben der Vorsitzenden an mögliche Sponsoren – nach der Berechtigung von Spendenquittungen seitens der Stadt für die darin erbetenen Geldspenden. Die Vorsitzende verweist darauf, dass die Frage im Vorfeld geklärt wurde und sie ihr Schreiben erst nach mündlicher Zusage seitens der Verwaltung verteilt habe. Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion bestehen gegenteilige Auffassungen über die Gemeinnützigkeit dieser Veranstaltung. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu. Das Ergebnis soll in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mitgeteilt werden.

2.2. Anfrage Nr. 5/2006 der Stadtverordneten F. Doose vom 09.05.2006
(Vorlagen-Nr.: 229/2006)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte, in der Sitzung am 22. Mai 2006 folgende Fragen zu beantworten:

1. Wurden Themen bzw. Anträge gleichen Inhalts und gleicher Aufgabenstellung parallel oder nacheinander sowohl im Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales als auch im Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Sport behandelt?
2. Wenn ja, wie viele und welche?

Die Verwaltung beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1. und 2.:

Eine Übersicht aller in beiden Ausschüssen behandelten Vorlagen zeigt, dass Themen gleichen Inhalts und gleicher Aufgabenstellung nicht parallel in beiden Ausschüssen behandelt wurden. In der ersten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Soziales wurden Themen wie z.B. Spielplatzbedarfsplanung oder Jugendparlament behandelt, die nach der Anfang 2005 vorgenommenen Aufteilung der Dezernate und Zuordnung von Ämtern im Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Sport behandelt werden.

Auch wurden Themen wie z.B. Drogenberatung oder Schweizer Siedlung auf die Tagesordnung des KIS gesetzt. Hier fördert die Stadt vorrangig Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien, so dass eine Zuständigkeit eher Beim JuFaSS gesehen werden kann.

Die Übersichten der Vorlagen werden in der Sitzung verteilt.

3. entfällt

4. Die islamische Gemeinde in Jülich
(Vorlagen-Nr.: 205/2006)

Da der Vorsitzende des Vereins, Herr Salem Alla bis zu diesem Zeitpunkt nicht erschienen ist, soll der Vortrag an einem späteren Termin nachgeholt werden.

5. Jahresbericht 2005 Stadtarchiv
(Vorlagen-Nr.: 212/2006)

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen

Herr Dr. Dienststühler gibt zusätzliche Erläuterungen zum Jahresbericht. In diesem Zusammenhang betont er nochmals die unzureichende Unterbringung des Stadtarchivs. Es sei deprimierend, dass er fast nichts mehr aufnehmen könne.

Von Herrn Bochem wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Jülich verpflichtet ist das Archiv in geeigneter Form zu führen. Er fordert ein Konzept zur Sicherung der Archivalien. Herr Schulz weist Vorwürfe zurück und betont, dass die Stadt Jülich ihr Pflichten erfüllt. Eine Optimierung des Archivs wird zu gegebener Zeit, im Rahmen der Möglichkeiten, überlegt.

Mit einem Wort des Dankes schließt die Vorsitzende gegen 19:45 die Sitzung.